

Statement der VdU-Präsidentin

Berlin, 14. Mai 2020

Keine Steuererhöhungen zur Finanzierung der Corona-Kosten!

Jasmin Arabian-Vogel, Präsidentin des VdU zu den Ideen einer Vermögensabgabe oder eines Corona-Soli:

„Vorschläge, wie z.B. die Vermögensabgabe ignorieren den enormen Beitrag, den mittelständische Unternehmer*innen in der Krise schultern. Als persönlich haftende Unternehmer*innen haben sie unter Einsatz des eigenen Vermögens in den letzten Wochen alles getan, um ihre Unternehmen über Wasser zu halten und Arbeitsplätze zu sichern. Die Hilfsprogramme von Bund und Ländern waren eine wichtige Unterstützung. Die Lage des Mittelstands wird darüber entscheiden, wie gut Deutschland den Konjunkturreinbruch überwinden kann. Viele Unternehmer*innen werden beim Restart trotz enormer Umsatzverluste in ihre Unternehmen investieren müssen, sei es in digitale Infrastruktur oder Schutz- und Hygienemaßnahmen. Allerdings wird es noch Jahre dauern, bis sie das Umsatzniveau von Vorkrisenzeiten erreichen. Dass sie trotz Verlusten höhere Steuern zahlen sollen, entzieht ihnen notwendige Liquidität und setzt falsche Signale. In der Krise muss die Politik Unternehmen entlasten, z.B. durch den Abbau von Bürokratie, einem modernen Arbeitszeitrecht und niedrigere Steuern.“

Pressekontakt

Evelyne de Gruyter, Verband deutscher Unternehmerinnen e.V. (VdU),
Tel.: 030 200 59 19 15; Email: evelyne.degruyter@vdu.de, www.vdu.de

Über den VdU

Im Verband deutscher Unternehmerinnen e.V. (VdU) sind rund 1.800 Unternehmerinnen organisiert. Die Unternehmerinnen erwirtschaften zusammen einen Jahresumsatz von 85 Milliarden EUR und beschäftigen über 500.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Deutschland. Seit 65 Jahren setzt der VdU sich erfolgreich dafür ein, dass die Stimme der Unternehmerinnen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft angemessen Gehör findet.